

• ÜBERBLICK

Was wie eine neutrale, moderne und öffentlich-rechtliche Ordnung mit Verwaltung im Staatsgebiet erscheint, ist tatsächlich eine im Privatgebiet verschleierte, hierarchisch strikt geordnete, ausgefeilte juristisch kommerzielle und weltweit agierende Konstruktion zur dauerhaften Enteignung der M e n s c h e n. Die privatrechtliche Nutzung identischer Namensdarstellung und ähnlicher Namensschreibweisen des öffentlich-rechtlichen Namens im Privatgebiet ermöglicht die Umgehung öffentlich-rechtlicher Staatlichkeit, was zum Verlust des grundgesetzlichen Schutzes führt. Was u.a. über die HLKO formal juristisch korrekt und legal ist, bleibt moralisch hingegen absolut verwerflich, unsittlich und illegitim nach dem ewigen Landfrieden. Durch verschleierte Auftragsvergabe über/durch/mit/als PERSONEN erleiden die M e n s c h e n aller Länder in den Wirtschaftsgebieten (Kriegsgebiete) den Verlust von Eigentums- und Zugriffsrechten auf das eigene Heimat-Land.

Was die globale Flaggensteuerung und das deutsche Rechtssystem mit diesem weltweiten juristischen Umstand zu tun haben, wird von L R P im Rahmen der Gesetze mit gerichtsverwertbarer und in erdrückender Beweislast offengelegt.

Bis 1918 waren die M e n s c h e n juristisch Leibeigene der Monarchen an Land. Dieser Zustand der Knechtschaft ist de jure und de facto wieder über die Inhaberschaft für Schuldner Titel in der deutschen Handelsflotte auf hoher See herbeigeführt und mit der Freiwilligkeit der Menschen verankert. Das Treuhandsystem dient der buchhalterischen Absicherung von Gütern und Waren bei Untergang des Schiffes auf dem See-Lieferweg und wird seit mindestens 1949 weltweit auch für juristische Titel wie P E R S O N E N missbraucht. Da hinter jeder juristischen Person eine natürliche Person steht und dahinter der M e n s c h mit Arbeitskraft, liegt ein Wert im Titel vor, was den Titel zu einer registrierten Handelsware macht. Namen sind Titel und wer trägt und benutzt den registrierten Titel? Was ist der Zweck des Titels, wofür ist er erschaffen? Soll der Titel einen Auftrag annehmen oder erteilen? Welche Widmung trägt der Titel? Eine Widmung ist z.B. Geburtsname, Vorname oder die Staatsangehörigkeit wie die von Nazi-Deutschland 1934, welche seit 1949 im Artikel 116 (1) GG mündet und u.a. mit DEUTSCH auf Ausweis und Pass sichtbar wird. Also ist die natürliche Person Inhaber einer juristischen Person, welche den Krieg im Schuldnergebiet in Auftrag gibt, welcher dann durch den Auftragnehmer (Politiker) umgesetzt wird. Die Komplexität von Registerrecht, Personenstand und haftender Inhaberschaft ist von L R P in mehreren Videoreihen dargestellt und unter www.Lightrebels.net einsehbar.

Die undurchsichtige doppelte Buchführung (Doppik) von KONTEN und die Vermögensstruktur im weltweiten Finanzsystem mit AKTIVA und PASSIVA, Schulden und Vermögen, Haben an Soll ist auf jede juristische Person anwendbar, was de facto alle juristische Personen zu einem KONTO in der Doppik macht. Die historisch gewachsenen Finanz- und Verwaltungsstrukturen vollziehen im deutschen Personenstand über das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht einen Inhaberzwang durch automatisierte Verwaltungsverfahren. Mit der Haftungsübertragung der grundrechtsbefreiten inländischen juristischen Person nach Art. 19 (3) GG auf die n a t ü r l i c h e Person, wird der Inhaber zum Ausgleich privater KONTEN (juristische Personen) verpflichtet. Kollektiveinbürgerungen mit Inhaberzwang stehen dem Völkerrecht entgegen und brechen das Menschenrecht auf allen Ebenen.

• FAZIT

Die n a t ü r l i c h e Person wurde zu Beginn des Lebens über private Verträge Inhaber für Schuldner Titel und ist rechtlich gefangen im Seehandelsrecht auf dem ewigen Lieferweg ohne Zielhafen in der deutschen Handelsflotte nach Art. 27 GG. Damit kann die P e r s o n nicht die juristische Person an Land mit Gläubigertitel und Staatsangehörigkeit nach Art. 116 (2) S.2 GG nutzen und erhält deshalb keine monatliche Rendite aus dem Sondervermögen. Das Auszahlungsgebiet an Land sind die deutschen Länder, die P e r s o n befindet sich jedoch im Ausland auf hoher See und wird von DEUTSCHLAND, Deutschland, der EU, der Bundesrepublik und der Bundesrepublik Deutschland kommerziell ausgebeutet. Ein Zielhafen für die deutsche Handelsflotte ist juristisch nicht sichtbar, was den ewigen Lieferweg fern der deutschen Länder begründet.

• LÖSUNGEN

DER EINWOHNERANTRAG!

Die Kennzeichnung der Ortschaft (Gemeinde) als internationales Friedensgebiet über den gesetzlichen Einwohnerantrag nach Art. 28 (2) S.1 GG macht das Auszahlungsgebiet des Gläubigers juristisch sichtbar und begehbar. Die Sichtbarmachung des Zielhafens beendet u.a. den weltweiten juristischen Kriegszustand von 1914 und die rechtliche Gefangenschaft im ewigen Lieferweg. Die klamme Kreisgemeinde wird Bundesgemeinde und erhält bundesstaatliche Fördermittel. Die Anleitung zur Umsetzung des Einwohnerantrages, die gesetzlichen Grundlagen und die völkerrechtliche Beflaggung für das Friedensgebiet sind unter www.Lightrebels.net/Bundesgemeinde.html einsehbar.

REISEAUSWEIS FÜR AUSLÄNDER!

Das Auslandsstatut nach Art. 116 (2) S.2 GG in Verbindung mit § 2 (1) des Aufenthaltsgesetzes, die Verzichtserklärung auf die deutsche StAG, der Asylantrag für Staatsangehörige in den deutschen Ländern, der Reiseausweis für Ausländer nach der Aufenthaltsverordnung § 4 (1) S. 1 Nr. 1 Anlage D4c und die internationale Geburtsurkunde als Aufenthaltstitel für das deutsche Wirtschaftsgebiet sind die gesetzlichen Grundlagen für die Einzelfallentscheidung. Die begütete Person des Reiseausweises ist der Gläubiger und eine gesetzlich geschützte Person. Weitere Informationen sind unter www.Lightrebels.net/dokumente.html einsehbar. Das gesetzliche Auslandsstatut wird derzeit noch von den Behörden und Gerichte übergangen und die Ausstellung des Reiseausweises als Einzelfallentscheidung verweigert. Damit führen Behörden und Gerichte die privatrechtliche Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 fort. Der Versuch der gerichtlichen und behördlichen Herbeiführung des Einzelfall kann mit weiterer Unterstützung der Teilnehmer voranschreiten, um den notwendigen Präzedenzfall im deutschen Personenstandsregister herbeizuführen.

VERSTAATLICHUNG VON GRUNDSTÜCKEN!

Die Eintragung des öffentlich-rechtlichen Namens als Eigentümer des Grundstückes im Grundbuchamt bindet das Grundstück an das Bundesgebiet. Dadurch erhält das Grundstück gesetzlichen Schutz und bundesstaatliche Fördermittel. De jure und de facto ist das Grundbuchamt als juristische Person Eigentümer der Grundstücke im Grundbuch, da deren Privatname und nicht der öffentlich-rechtliche Name als Eigentümer eingetragen ist. Das Grundstück ist demnach Eigentum des Grundbuchamtes im Privatgebiet und wird jedoch durch diese Art der Verstaatlichung für den Besitzer und Benutzer, welcher sich als Eigentümer sehnt, rechtlich gesichert und ist somit geschützt vor Enteignung und Grundsteuerbefreit. Der Wohnort des Anwohners (Lebensraum der Allgemeinheit) ist der Wohnsitz des Inhabers des öffentlich-rechtlichen Namens. Sind diese Kapazitäten miteinander verknüpft, ist die staatliche Rechtseinheit hergestellt. Dasselbe Prinzip der staatlichen Rechtseinheit liegt auch bei anderen juristischen Personen (Konten) vor. Weitere Informationen sind unter www.Lightrebels.net einsehbar.

DIE NUTZUNG VON SUBSIDIARITÄT!

Das Subsidiaritäts- und Universalitätsprinzips (von unten nach oben oder höheres Recht vor niederem Recht) kann über den gesetzlichen Weg substanzielle Änderungen auf der Gemeindeebene herbeiführen. Die Modifizierung der Gemeindeordnung, die Gemeindekennzeichnung oder die Schaffung einer völkerrechtlichen Gemeindeverfassung z.B. durch die Gemeindeversammlung, Einwohnerantrag oder Gemeinderat sind bisher ungenutzte juristische Möglichkeiten. Neue Artikel oder andere rechts subjektive Handlungen aus der kleinsten Rechtseinheit heraus können richtungsweisender und integraler Bestandteil mit de jure und de facto Anwendung im deutschen Rechtssystem werden. Z.B. kann in einer Gemeindeverfassung konkludentes Handeln als Geschäftsablehnung definiert und die Geschäftsannahme mit einer schriftlichen oder mündlicher Bestätigung verbunden werden.

DIE GESETZLICHE BEFLAGGUNG!

Die Beflaggung an öffentlichen Gebäuden mit der gesetzlichen Bundesflagge, Bundesdienstflagge von 1996, der weißen Flagge mit Kennzeichen D von 1910 und Bundeswappen von 1952. Die gesetzlichen Vertreter der verantwortlichen Personen haben die rechtliche Möglichkeit diese Beflaggung anzuordnen und vorzunehmen, um damit den Beginn der Rückreise der Handelsflotte zu markieren, was zur

Sichtbarmachung des Zielhafens und der rechtlichen Heimat der freien Menschheit führt. So wird aus dem reußischen Privatgebiet Deutschland und der Bundesrepublik Deutschland mit privater Billigflagge die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND mit BUNDESLÄNDERN und Anbindung an die deutschen Länder. Diese Beflaggung beendet den weltweiten juristischen Kriegszustand von 1914 und die Fortführung des privatrechtlichen Staatsstreiches von 1919 durch das Haus Reuß, indem es das Friedensgebiet - die deutschen Länder - mit der seehandelsrechtlichen Struktur verknüpft. Damit greift im Seehandelsrecht der ewige Landfriede, was dem Krieg und den Kriegsgeschäften die rechtliche Grundlage und Legalität entzieht.

• L R P

Die von Irp offengelegten gesetzlichen Möglichkeiten zur Verbesserung der rechtlichen Situation ändern den Algorithmus des weltweiten Finanz- und Vermögenssystems als auch der Verwaltungsstruktur zu Gunsten der freien Menschheit. Sie erzwingen legal und legitim den juristischen Weltfrieden mit Patentfreigabe. Erst dadurch erfüllen menschenfeindliche Handlungen überhaupt erst einen de jure und gesetzlichen Straftatbestand, welcher dann auch de facto und gesetzlich verfolgt werden kann, wie z.B. Kriegslisten, Inhaberzwang, Impfungen, Krieg, Kriegswaffenproduktion, Kondentrails, Gift in Nahrungsmitteln, mkultra, mediale Bewusstseinsmanipulation, krankmachende Frequenzen. Mögen die M e n s c h e n ihre prekäre juristische Situation als Kriegsauftraggeber im Schuldnergebiet begreifen und das notwendige Bewusstsein und Verständnis entwickeln, um die L ö s u n g e n als solche zu ergreifen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.